

FÜR WERTE EINSTEHEN

Sicherheit geht alle etwas an und ist „nahezu ein Zwang zur Zusammenarbeit“. Und: Beteiligung holt Menschen aus der Opferrolle.

Der Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit, Mag. Mag. (FH) Konrad Kogler, im Interview mit **NEUSTART** Pressesprecher Andreas Zembaty.

NEUSTART: In der aktuellen Sicherheitsdiskussion reagiert die

Politik oft mit dem Ruf nach mehr Überwachung und Strafverschärfung als vermeintlich schnelle Lösungen. Es entsteht die Erwartung der Öffentlichkeit an die einzelne Polizistin, den einzelnen Polizisten, mit harter Hand zu reagieren.

Auf der anderen Seite gibt es ja seit längerem seitens der Polizeiführung ein anzustrebendes Berufsbild der Polizei als Menschenrechtsschutzorganisation. Ist das ein auflösbares Spannungsfeld?

Konrad Kogler: Also grundsätzlich glaube ich persönlich, dass die Welt nicht ein Entweder-oder

INHALT

Hasskriminalität
Seite 3

Gewaltausstieg | Seite 4

Maßnahmenvollzug
Seite 6

40.461 Klientinnen und Klienten | Seite 8

Steuernde Sozialarbeit
Seite 10

Wirkung | Seite 12

Aufgaben der Justizfamilie
Seite 14

Entlassungsgruppen
Seite 16

ist, sondern ein Sowohl-als-auch. Dieses Sowohl-als-auch führt schlussendlich dazu, dass Spannung entsteht. Ich sage sogar, eine notwendige Spannung. Damit Strom fließt, braucht es eine gewisse Spannung. So ist es auch bei der gesellschaftlichen Entwicklung. Auf der einen Seite gibt es den Rechtsstaat, die Menschenrechte. Das ist auch der Handlungsrahmen der Polizei. Innerhalb dieses Rahmens muss der Polizist oder die Polizistin auch ganz konkrete Entscheidungen treffen. Denn es geht ja bei der polizeilichen Arbeit immer auch um die Durchsetzung von Menschenrechten, die Durchsetzung von Rechten für die Menschen. Wenn es beispielsweise gilt, eine Person vor einer anderen Person wegen einer drohenden Körperverletzung zu schützen, dann hat der Gesetzgeber dem Polizisten bestimmte Befugnisse gegeben, um das auch durchsetzen zu können. Die Erwartungshaltung der Gesellschaft ist dann, dass ganz konsequent gehandelt wird, aber zur Gänze innerhalb der rechtsstaatlichen Möglichkeiten und rechtsstaatlichen Befugnisse. Das als Beispiel für das Sowohl-als-auch und nicht ein Entweder-oder.

Also ein Spannungsfeld, das nicht zwangsläufig zu einer Überforderung oder zu einer Frustration bei der Beamtenschaft führen muss.

Ein Spannungsfeld, das es zu bewältigen gilt. Ich sehe das in der täglichen Arbeit der Polizisten und Polizistinnen. Wenn sie das Spannungsfeld positiv bewältigen und so Erfolge erzielen, sind sie durchaus stolz darauf, dem Rechtsstaat, unseren Werten, zum Durchbruch verholfen zu haben.

Welchen Stellenwert hat die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an der Polizeiarbeit? Und zwar jenseits von Bürgerwehr-Ideen und Spitzelwesen?

Nie in der Geschichte war es möglich, dass Polizei – oder wer auch immer für Sicherheit zuständig war – alleine für die Sicherheit gesorgt hat. Sicherheit war immer von der Form des Zusammenwirkens der gesellschaftlichen Kräfte geprägt. Seit Mitte des 20. Jahrhunderts hat es sich so entwickelt, dass zunächst der Staat und auch die Polizei seinen Bürgern gegenüber stark als Obrigkeit gegenübergetreten sind. Man hat an den Staat adressiert, dass er Recht und Ordnung zu schaffen hat. Der Staat und die Exekutivorgane waren auch eher auf dieses schmale Feld „Recht und Ordnung“ hin eingestellt. Dann gab es den nächsten Schritt in der Entwicklung mit vielen neuen Herausforderungen. Ganz massiv war das Ende der 1980er-Jahre und dann zu Beginn der 90er-Jahre mit der Einbruchskriminalität, den Diebstählen von Fahrzeugen und vielem mehr gegeben. Wir



Sieht in der gemeinsamen Gestaltung von Sicherheit Chancen für das gesellschaftliche Zusammenleben: Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit, Mag. Mag. (FH) Konrad Kogler

haben die Bevölkerung informiert, dass es Sinn macht, wenn sie einbruchshemmende Türen einbaut oder vermehrt darauf achtet, ihre Autos zuzusperren. Wir haben sie durch solche Tipps zur Veränderung ihres Verhaltens animiert. Heute kann man sagen, dass das ein Erfolgsmodell war. Der Polizist oder die Polizistin sind dabei als Experten aufgetreten.

Heute haben wir ganz andere Herausforderungen, die Digitalisierung zum Beispiel. Wir haben es mit ganz großen Bewegungen von Menschen zu tun, die ihre Heimatländer verlassen und sich in andere Länder begeben. Damit meine ich nicht nur Flüchtlinge, sondern auch die gesamte Arbeitsmigration auf diesem Globus. Nun geht es einfach nicht mehr, dass die Polizei der einzige Verantwortliche für Sicherheit ist. Denken Sie an den Bereich Cybercrime. Man kann nicht zu jedem Mobile Device einen Polizisten stellen. Wir müssen die Gesellschaft fit machen, mit der Wissenschaft anschauen, wie sich das in der Zukunft entwickeln könnte und mit der Wirtschaft zusammenarbeiten, um gewisse Sicherheitsmaßnahmen schon in der Produktion zu berücksichtigen. Das heißt, Sicherheit geht heute nur mehr im Zusammenwirken und auf Augenhöhe mit der Gesellschaft. Ich glaube, dass wir hier gar nicht die Option haben, uns zu überlegen, ob wir es mit oder ohne die Gesellschaft machen. Nein, es ist nahezu ein Zwang zur Zusammenarbeit. Was ich extrem positiv erlebe, ist: Wenn man Leute beteiligt, holt man sie auch aus einer gewissen Opferrolle heraus. Menschen erleben in diesem Moment, dass sie aktiv mitgestalten können und bauen dadurch Ängste ab. Wir erleben das bei unserer Initiative „Gemeinsam sicher“. Ich sehe das auch in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft, etwa im Cyber-Bereich, wo viele Unternehmen in den letzten Jahren zahlreiche Ideen geboren und viele dieser Ideen auch zu erfolgreichen Produkten weiterentwickelt haben. In dieser Art der gemeinsamen Gestaltung von Sicherheit liegen ganz tolle Chancen für das gesellschaftliche Zusammenleben und auch für den wirtschaftlichen Erfolg.

Stichwort „Gemeinsam sicher“, regionale und zentrale Dialogforen zwischen Polizei und NGOs (Non-Governmental Organisations). Welchen Stellenwert haben diese NGOs in der Kooperation, wie zum Beispiel der Verein NEUSTART?

Also ich sehe NGOs grundsätzlich als den organisierten Teil der Zivilgesellschaft. Und es ist natürlich für eine Institution, wie das Bundesministerium für Inneres (BMI), die Polizei, einfacher, mit organisierten Teilen der Gesellschaft in Verbindung zu treten. Es ist auch relativ klar, was eine NGO schlussendlich als Zielsetzung hat. Das erleichtert natürlich die Zusammenarbeit, weil man vom anderen schon ein Stück weiß, weil man häufig schon ein Stück gemeinsame Geschichte hinter sich hat. Über die NGOs ist es auch leichter, in die Gesellschaft hineinzugehen. Viele NGOs besitzen in ihrer Gruppe, in ihrer Community eine andere Glaubwürdigkeit als die Polizei und das BMI.

Wenn die Menschen sehen, dass es ein gutes Zusammenwirken gibt, dann kann das für beide Seiten extrem fruchtbringend sein. Das gilt sowohl für den bilateralen Austausch, aber insbesondere auch für die Gruppen, die hinter

diesen Organisationen stehen. Deswegen glaube ich, dass diese Dialogform und diese Form der bilateralen und multilateralen Zusammenarbeit ganz entscheidend sind, um den Menschen die teilweise sehr komplexen Themen näherzubringen, mit denen wir es heute zu tun haben.

Ich glaube, dass die Gesellschaft in einem Umbruch ist. Das Schöne dabei ist, dass wir momentan so viel über unsere Werte diskutieren und uns bewusst wird, dass diese Werte nicht vom Himmel fallen, sondern dass wir auch dafür einstehen und etwas beitragen müssen. Es ist auch sehr klar, was dabei das Ziel der Polizei ist: dass wir uns für die Menschen und für das menschliche Zusammenleben in Freiheit und Sicherheit im Rahmen der rechtsstaatlichen Vorgaben einsetzen. Das Ziel, das wir erreichen wollen, ist gleich geblieben, die Methoden verändern sich und der Handlungsrahmen gibt uns Orientierung.

HASSKRIMINALITÄT

Vorurteile, Gegensätze und Spannungen werden zunehmend in den sozialen Medien artikuliert.

Im Schutz vermeintlicher Anonymität werden oft strafrechtliche Grenzen überschritten. Wirksame Maßnahmen gegen Hasskriminalität waren Thema am Tag der Kriminalitätsoffer 2017, der am 22. Februar zum siebenten Mal vom Bundesministerium für Inneres und der Verbrechensofferhilfe WEISSER RING veranstaltet wurde. **NEUSTART** kann einen Baustein gegen den Hass im Netz zur Verfügung stellen.

Der Tatbestand der Verhetzung im § 283 Strafgesetzbuch wurde vom Gesetzgeber angepasst, was einen Anstieg der Anzeigen in diesem

„Die Gruppe der Menschen, die hetzen, ist breit gestreut.“

Bereich zur Folge hatte. Dabei zeigte sich auch, dass sich die Angezeigten über das gesamte Bevölkerungsspektrum verteilen. Eine

breit gestreute Gruppe von Angezeigten, deren demografische Merkmale differieren. Dieses Phänomen scheint deshalb mit herkömmlichen Reaktionsformen schwer greifbar.

Im Verein **NEUSTART**, der langjährige Erfahrungen in der Arbeit mit radikalisierten Klientin-

nen und Klienten hat, wurde überlegt, wie eine vernünftige und sozial konstruktive Reaktion auf Hasskriminalität aussehen könnte. An Stelle des Hasses soll eine Änderung des Verhaltens treten, Unrechtsbewusstsein soll geschaffen werden und über Diskriminierung nachgedacht und dafür sensibilisiert werden.

Spezialpräventiv nachhaltig sollen die Interventionen sein, die bei Verhetzung zum Zug kommen. Ein individuell angepasstes Programm, das in den Kontext der Einzelbetreuung in der Bewährungshilfe eingebettet ist, könnte folgende Elemente enthalten: Normverdeutlichung (eventuell auch durch die Mitwirkung von Polizei oder Richterschaft / Staatsanwaltschaft); ein Wechsel der Perspektive entsteht dadurch, dass auf eigene Diskriminierungserfahrungen eingegangen wird; jedenfalls sollte die Empathie mit Opfern geschult werden und dafür sensibilisiert werden, welche Auswirkungen Verhetzung auf Opfer hat. Weiters kann je nach dem Thema der Hassdelikte ein historischer Teil eingebaut werden (etwa Besuche, Filme von und über historische Stätten). Auch die Verbesserung der Kompetenz im Umgang mit neuen Medien wäre Thema, ebenso wie zu lernen, dass Kritik auch geäußert werden kann, ohne andere abzuwerten. Der Mindesterfolg wäre, dass das strafbare Verhalten beendet wird, indem das Strafgesetz eingehalten wird. Also größter Erfolg gälte, wenn sich die Einstellung und das Verhalten der wegen Verhetzung Angezeigten oder Verurteilten ändert.

– db –

AUS DER GEWALT AUSSTEIGEN

Ein Leben frei von Gewalt für sich und ihre Kinder – das wünschen sich zu Recht alle Frauen. Weggewiesene Männer wiederum brauchen Angebote, um die Gewaltspirale zu unterbrechen.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Opferschutzorientierte Täterarbeit, gegründet im September 2012, hat viele Ziele definiert – für Opfer, aber

„Welche Reaktion verspricht Erfolg, damit das Opfer sich sicher fühlt?“

auch für Täter. „Opfer sind in Sicherheit und fühlen sich sicher“, „keine erneute Gewaltausübung“, Risikoeinschätzung und Sicherheits-

planung“, „Verantwortungsübernahme“. Klare Aufgaben für Täter, die außerdem noch „Selbstwahrnehmung und Kontrolle über das eigene Verhalten“ sowie „Perspektivenwechsel und Empathie“ lernen müssen. Dazu möchte man geschlechterbezogene Einstellungen hinsichtlich des Männer- und Frauenbildes reflektieren und partnerschaftliches Verhalten vermitteln. Eltern sollen ihr Eltern-Sein verantwortungsvoll wahr-

nehmen. Im Mittelpunkt stehen die Opfer, also ehemalige oder noch-Partnerinnen und Kinder. Nach Gewaltausbrüchen von Tätern, die nach Wegweisung und Betretungsverbot im Tod der Partnerin oder Unbeteiligter mündeten, wurde deutlich, dass man nicht nur den Opfern, sondern auch den Tätern etwas anbieten muss, um Gewalt zu stoppen. Die Interventionsstelle Wien hatte den Wunsch, die Kooperation für den Alltag zu verbessern. Deshalb ist auch

„Es fehlt ein abgestimmtes Konzept zur Krisenhilfe für Täter.“



NEUSTART in der Bundesarbeitsgemeinschaft Opferschutzorientierte Täterarbeit mit dabei. Täterarbeits- und Opferschutzeinrichtungen tauschen sich dort miteinander aus und arbeiten daran, sich auf gemeinsame Werte und Handlungsempfehlungen zu verständigen.

Bei **NEUSTART** gebe es, so Maria Pirker, Leiterin des Zentralbereichs Sozialarbeit, eine relativ kleine Gruppe an Gewalttätern im häuslichen Kontext. Bei der Männerberatung, verbunden mit Familienberatung seien Männer wiederum keine ausschließliche Zielgruppe. Sowohl **NEUSTART** als auch die Männerberatung haben ein Konzept für Weggewiesene erarbeitet – diese Vorstellungen gehören noch abgestimmt. Letztendlich ist derzeit der Umgang mit einem Täter nach einem Betretungsverbot noch nicht eindeutig geklärt. Soviel steht fest: Reaktionen sollen besser und früher erfolgen. Derzeit gibt es freiwillige Normverdeutschungsgespräche bei der Polizei. Es gibt jedoch kein nachgehendes Angebot und kein österreichweit abgestimmtes Konzept zur Krisenhilfe für Weggewiesene. Das setzt eine enge Kooperation mit Opferschutzeinrichtungen voraus. Dafür ist der Austausch von Daten notwendig und man muss über die von verschiedenen Geldgebern definierten Inhalte hinaus gemeinsame Definitionen finden. So wissen etwa die Interventionsstellen, wer weggewiesen wird; sie haben aber keine Kapazität für Angebote für Täter, sondern nur für aktive Angebote an Opfer. Die Männerberatungsstellen wiederum verfügen noch nicht über einheitliche Standards. Lange bestand der Eindruck, dass Opferschutzeinrichtungen und **NEUSTART** Rivalen sind, weil **NEUSTART** Unterstützung für Täter fordert und Opferschutzeinrichtungen meinten, das werde den Bedürfnissen der Opfer nicht gerecht. In der Bundesarbeitsgemeinschaft ist man sich einig, dass auch Täter Hilfe brauchen und strebt gemeinsam nach einer abgestimmten Vorgangsweise und Unterstützung sowohl der Opfer als auch der Täter.

„Wir streben klare, transparente, verbindliche Kooperationsvereinbarungen an.“

Aktuell besteht die Herausforderung darin, „dass wir derzeit nicht in der Lage sind, quantitativ zu sagen, wer wo wie oft in Österreich betreut wird“, meint Maria Pirker. Das zu wissen sei notwendig, um von Betroffenen ein besseres Bild zu bekommen. Ein Arbeitsvorhaben der Bundesarbeitsgemeinschaft sei, gemeinsam statistisch Daten zu erfassen und auszutauschen.

Pirker erachtet es als wichtig, dass im Einzelfall bewertet werden kann, wo es ein Sicherheitsrisiko für Opfer und Auswirkungen für die nahe Zukunft gibt. Gerade bei häuslicher Gewalt sind Geldstrafen und das Einstellen als derzeit häufigste Reaktionsform am wenigsten wirksam, hat **NEUSTART** beobachtet.

„Deshalb arbeiten wir daran, dass Staatsanwaltschaft und Gerichte ein mit uns abgestimmtes und besseres Bild von **NEUSTART** und opferschutzorientierten Einrichtungen haben, welche strafrechtlichen Reaktionsformen es im Sinn einer erfolgreichen Prävention geben kann. Wie bewerten Staatsanwaltschaft und Richterschaft in der Einschätzung die Schwere der Gewalt, welche Reaktionsformen entsprechen dem gesetzlichen Rahmen und sind am erfolgversprechendsten? Die Reaktion soll ja dazu führen, dass Täter Unrecht erkennen und die Bereitschaft entwickeln, sich umzuorientieren und Konflikte künftig anders zu lösen“ erklärt Pirker das gemeinsame Ziel, „dass jeder weitere Rückfall verhindert werden soll.“

Für schreckliche Taten wie in Graz oder die Ermordung einer Klientin braucht es, so Maria Pirker, eine Gefahreinschätzung der Größe

des Gewaltpotenzials und der Rückfallgefahr. Das werde zurzeit von jeder Initiative selbst gemacht, gehöre jedoch vernetzt. „Es ist auch wichtig, hier verschiedene Blickwinkel einzubeziehen, weil jedes Opfer, und das sind meistens Frauen und Kinder, um eines zu viel ist“, sagt Pirker. Ein anderes Thema, das irgendwann aufpoppen werde, seien die Fälle häuslicher Gewalt. Neben Fällen mit Anzeige und Verfahren gibt es häusliche Gewalt, wo nie ein Verfahren erfolgt. „Wie kann man bei der Dunkelziffer vorgehen und abgestimmt kooperieren?“ Pirker betont, wie wichtig eine Anzeige ist, damit die Arbeit aufgenommen wird und das Opfer ermächtigt wird, sich besser zu schützen. Ein weiteres Thema seien andere Kulturen oder Migration.

Laut den Frauenhäusern sei die größte Population die der Nicht-Österreicherinnen. „Die Not dieser Frauen ist viel größer, weil die Abhängigkeit massiver ist.“ Als weitere Herausforderung sieht Pirker die Notwendigkeit, das Rollenverständnis, von dem wir geprägt sind, zu hinterfragen. „Ist das die passende Form für jemanden, der mit einem anderen Rollenbild aufgewachsen ist? Das wird immer mehr ein Thema.“ Weiterarbeit sei auch angesagt bei den Themen opferschutzorientierte Täterarbeit mit Tätern oder Gefährdern, die Gewalt an ihren Kindern ausüben. Ein Ziel für 2017 sei auch, „für den Tatausgleich einen Dialog zusammenzubringen“. Ein internationales Forschungsprojekt zu Tatausgleich und Partnergewalt hat Österreich als Good Practice-Beispiel bezeichnet und die zu europäischen Mindeststandards zusammengeführten Voraussetzungen, unter denen ein Tatausgleich in Fällen von Partnergewalt stattfinden soll, weitgehend nach den österreichischen Standards empfohlen.

– db –

ZUSAMMENARBEIT DER ORGANISATIONEN

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Opferschutzorientierte Täterarbeit wird vom Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz und vom Bundesministerium für Bildung und Frauen gefördert. An den Sitzungen nehmen Vertreterinnen und Vertreter von Männerberatungseinrichtungen in Kärnten, Niederösterreich, Salzburg, der Steiermark, Tirol und Wien teil. Außerdem die Gewaltschutzzentren aller Bundesländer und die Interventionsstelle Wien. Ebenso der Zusammenschluss Österreichischer Frauenhäuser und das Frauenhaus Salzburg sowie **NEUSTART** Salzburg, Steiermark, Tirol, Wien und die Vereinszentrale.

Ziel der Arbeit ist, Standards zu erarbeiten, die einheitliche Abläufe, Bewertungen und Entscheidungen hinsichtlich opferschutzorientierter Täterarbeit schaffen. Die Institutionen wollen zusammenarbeiten, um Gewalt von Männern an ihren Frauen oder ehemaligen Partnerinnen und ihren Kindern zu verhindern.

– db –

SOZIALNETZ- KONFERENZ IM MASSNAHMEN- VOLLZUG

Die Sozialnetz-Konferenz ist bei gegebener Indikation auch im Maßnahmenvollzug anwendbar. So lautet die wichtigste Erkenntnis aus einem 16 Monate dauernden Projekt, das Ende Juli 2016 abgeschlossen wurde.

Frau A. wurde festgenommen, weil sie in ihrer Wohnung und im Keller ihres Hauses mehrmals Feuer gelegt hatte. Das Ärzteteam des Krankenhauses, in das sie eingeliefert wurde, war über das Projekt Sozialnetz-Konferenz informiert und schlug vor, in Frau A.s Fall eine Konferenz durchzuführen.

Die zuständige Richterin erteilte ihre Zustimmung. Das Ziel der Sozialnetz-Konferenz war, die Unterbringung in einer Anstalt für geistig

„Vorschläge wurden als Weisungen ausgesprochen, mit Probezeit.“

abnorme Rechtsbrecher nur bedingt auszusprechen und eine alternative Unterbringung zu finden. An der Konferenz nahmen der

Ehemann, Mutter, Schwester und Schwiegermutter, ein Freund der Familie, eine Sozialarbeiterin des Krankenhauses sowie die zuständige Oberärztin, der Rechtsanwalt von Frau A., eine Bewährungshelferin von **NEUSTART** und die

Koordinatoren von **NEUSTART** teil. Der Plan, der dann erarbeitet wurde, enthielt zahlreiche Vorschläge, die ermöglichten, die Anhaltung in der Maßnahme bedingt auszusprechen.

Als Wohnsitz wurde eine betreute Wohneinrichtung vorgeschlagen, für die Fortführung der Medikation sah man ständige fachärztliche Kontrolle vor, regelmäßige forensisch-fachärztliche Kontrollen wurden eingeplant und neben Alkoholkarenz war auch die Anordnung von Bewährungshilfe vorgesehen. Alle Vorschläge wurden bei der Hauptverhandlung als gerichtliche Weisungen aufgegriffen. Die Einweisung in eine Anstalt für geistig abnorme Rechtsbrecher wurde bedingt ausgesprochen, mit einer Probezeit von fünf Jahren. Nachdem im Lauf des ersten Betreuungsjahres deutlich wurde, dass Frau A. eine psychotherapeutische Behandlung benötigt, wurde eine zusätzliche Weisung dafür erteilt. Der Erfolg aller durchgeführten Schritte ist daran erkennbar, dass bereits eine Folgekonferenz vorbereitet wird, um die Rückkehr von Frau A. in den Familienverband und die eheliche Wohnung vorzubereiten, damit sie wieder gemeinsam mit ihrem Ehemann leben kann.

An den Projektstandorten Wien, Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg und der Steiermark wurde in 40 durchgeführten Konferenzen die Adaptierung des Modells der Sozialnetz-Konferenz für den Maßnahmenvollzug erprobt und ein Zuweisermodell für Gerichte und Justizanstalten entwickelt. Besonders die Klientinnen





und Klienten erfahren eine besondere Stärkung dadurch, dass man ihnen zutraut und sie für kompetent hält, die Entscheidungen für ihr künftiges Leben selbst in die Hand zu nehmen und mitzugestalten. Das private Umfeld wird bei einer Sozialnetz-Konferenz einbezogen und das schafft zahlreiche Ressourcen, die genutzt werden können.

Den Zukunftsplan, der bei einer Sozialnetz-Konferenz entwickelt wird, kennen alle Beteiligten im Detail. Die umfassende und wechselseitige

Information aller Teilnehmerinnen und Teilnehmer führt zu einer hohen Verbindlichkeit der getroffenen Vereinbarungen. Es hat sich auch

„Das soziale Netz bringt in vielen Schritten ein gelungenes Ergebnis.“

gezeigt, dass die beteiligten Menschen aus dem privaten sozialen Netz erwarten, dass während der Zeit der Betreuung durch die Bewährungshilfe auch zu ihnen Kontakt gehalten wird.

Dadurch, dass sich alle Beteiligten so intensiv auseinandersetzen mit dem Thema entsteht auch mehr Verständnis und Akzeptanz für erforderliche Pläne, sowohl bei den Klientinnen und Klienten als auch beim sozialen Netz. Für die Zuweiserinnen und Zuweiser bietet die Konferenz eine gute Entscheidungsgrundlage für weiteres Vorgehen.

– db –

INFO



PROJEKT FÜR MASSNAHMENVOLLZUG

Für Jugendliche und junge Erwachsene ist die Sozialnetz-Konferenz seit 1. Jänner 2016 gesetzlich verankert. Im Zuge einer vom Bundesminister für Justiz einberufenen Arbeitsgruppe zum Maßnahmenvollzug wurde der Einsatz der Sozialnetz-Konferenz im Maßnahmenvollzug diskutiert. Im Jahr 2015 wurde **NEUSTART** beauftragt, das Modell der Sozialnetz-Konferenz im Maßnahmenvollzug zu erproben. Die Sozialnetz-Konferenzen wurden daraufhin als Entscheidungshilfe zur Vorbereitung von Vollzugslockerungen oder zur Vorbereitung der bedingten Entlassung aus einer vorbeugenden Maßnahme (gemäß § 47 Strafgesetzbuch) im Projekt getestet. Ebenso für den Fall einer Anhaltung nach § 429 Strafprozessordnung als Entscheidungsgrundlage für die bedingte Nachsicht einer vorbeugenden Maßnahme (gemäß § 45 Strafgesetzbuch) wie im Fall von Frau A. beschrieben.

Angesprochen wurden alle Justizanstalten und psychiatrischen Kliniken der Modell-Bundesländer, in denen Maßnahme-Klientinnen und -Klienten untergebracht sind. Im Projektzeitraum gab es 60 Zuweisungen und 40 durchgeführte Konferenzen. Von 15 erfolgten Zuweisungen psychiatrischer Krankenhäuser wurde beispielsweise in zehn Fällen eine Sozialnetz-Konferenz zur Entscheidungshilfe für den Ausspruch einer bedingten Maßnahme gemäß § 45 Strafgesetzbuch beauftragt. Das Projekt wurde vom Institut für Rechts- und Kriminalsoziologie evaluiert.

– db –

2016

40.461 KLIENTINNEN UND KLIENTEN

... **Bewährungshilfe**

14.788 Klientinnen und Klienten wurden dabei unterstützt, ihr Leben ohne Straftaten zu bewältigen. Bei rund 15 von 100 Verurteilungen mit bedingter oder teilbedingter Strafnachsicht oder bei Schuldsprüchen unter Vorbehalt der Strafe wird die Betreuung durch Bewährungshelferinnen oder Bewährungshelfer angeordnet. Bei Menschen, die vorzeitig bedingt aus der Haft entlassen werden, wird zu rund 57 Prozent Bewährungshilfe angeordnet. 29 von 100 Personen, die Bewährungshilfe erhalten, werden von Ehrenamtlichen betreut.

Mit Sozialnetz-Konferenzen wurde bei Entlassungskonferenzen mit 46 Personen gearbeitet. Bei Untersuchungshaft-Konferenzen waren es 195 Menschen, bei der Entlassungsvorbereitung Maßnahmenvollzug 30 und bei der bedingten Anordnung einer Maßnahme 15 Personen.

Die Quote der Wiederverurteilungen (nach Rückfall) betrug 28,1 Prozent (im Jahr 2015 waren es 30,2 Prozent). Die Erfolgsrate hinsichtlich Rückfallvermeidung bei der Bewährungshilfe beträgt 60 Prozent.

... **elektronisch überwachter Hausarrest**

Bei 1.127 Personen wurde erhoben, ob eine Fußfessel in Frage kommt. 1.104 Klientinnen und Klienten trugen eine Fußfessel. 808 Mal wurde die Fußfessel vor Antritt der Haft angelegt. 290 Personen kamen aus der Haft und

sechs Personen erhielten die Fußfessel statt Untersuchungshaft.

Durch die Vergabe von Fußfesseln wurden 114.912 Tage im elektronisch überwachten Hausarrest statt im Gefängnis verbracht. Im Jahr 2016 gab es 8,99 Prozent Abbrüche bei der Betreuung im elektronisch überwachten Hausarrest. Die Erfolgsrate lag also bei 91 Prozent. Den Vorschlägen von NEUSTART folgten die Justizanstalten in 86,41 Prozent der Fälle.

... **Haftentlassenenhilfe**

3.722 verschiedene Klientinnen und Klienten nahmen vor oder nach ihrer Haftentlassung freiwillig Hilfe in Anspruch. Während der Haft nahmen 1.546 Insassinnen oder Insassen das Angebot zu Beratungsgesprächen an. In den ersten sechs Monaten nach der Entlassung ließen sich 1.089 Menschen beraten.

... **Tatausgleich**

14.713 Beschuldigte und Opfer wurden bei der Konfliktregelung betreut. Davon waren 6.186 Personen ausschließlich Opfer, 2.921 Personen waren in der Rolle als Opfer und Beschuldigte zugleich an der Regelung eines Konflikts beteiligt. 6.024 Mal wurde vom Gericht oder der Staatsanwaltschaft ein Tatausgleich angeregt. Die Erfolgsrate durch Einstellung des Strafverfahrens lag 2016 bei 72,7 Prozent (bei Jugendlichen 84,34 Prozent, bei jungen Erwachsenen 78,4 Prozent

... **Hilfe für Opfer**

Insgesamt wurden 6.297 Personen im Opferbereich betreut: 6.186 im Tatausgleich und 111 Personen durch Prozessbegleitung.

und bei Erwachsenen 70,11 Prozent). 2016 waren laut Befragung 93 Prozent der Opfer mit dem Tatausgleich zufrieden.

Die Erfolgsrate hinsichtlich Rückfallvermeidung beim Tatausgleich beträgt 84 Prozent.

... Prozessbegleitung

2016 wurden 111 Opfer von Straftaten von **NEUSTART** durch den Gerichtsprozess begleitet.

... arbeiten für das Gemeinwohl

7.937 Menschen erhielten 2016 das Angebot, in 939 verschiedenen anerkannten Einrichtungen für das Gemeinwohl – mit gemeinnützigen Leistungen entweder als diversionelle Maßnahme (3.879 Personen) oder anstelle einer Ersatzfreiheitsstrafe (3.437 Personen) – zu arbeiten. 621 Personen wurden als Alternative zum Strafvollzug für Finanzvergehen vom Bundesministerium für Finanzen zugewiesen und erhielten das Angebot, zu arbeiten, statt ins Gefängnis zu gehen. Am häufigsten wurden die vermittelten Personen wegen Vermögensdelikten (42 Prozent) oder Delikten gegen Leib und Leben (24,3 Prozent) verurteilt. 3,1 Prozent der Fälle betraf Verurteilungen nach dem Finanzstrafgesetz.

Bei der Vermittlung gemeinnütziger Leistungen als diversionelle Maßnahme wurde 2017 in 79,8 Prozent ein positiver Abschluss erreicht.

Das bedeutet, dass das Verfahren endgültig eingestellt wurde. Durch die Vermittlung gemeinnütziger Leistung statt Ersatzfreiheitsstrafe wurden 49.651 Hafttage vermieden.

Durch die Vermittlung gemeinnütziger Leistung statt Ersatzfreiheitsstrafe im verwaltungsbehördlichen Finanzstrafverfahren wurden 10.619 Hafttage vermieden. In Summe macht das 60.270 vermiedene Hafttage im Jahr 2016.

... weitere Hilfen

237 Klientinnen und Klienten wurden in Wohneinrichtungen von **NEUSTART** betreut. Der SAFTLADEN in Salzburg (Kommunikationszentrum) wurde 23.162 Mal besucht.

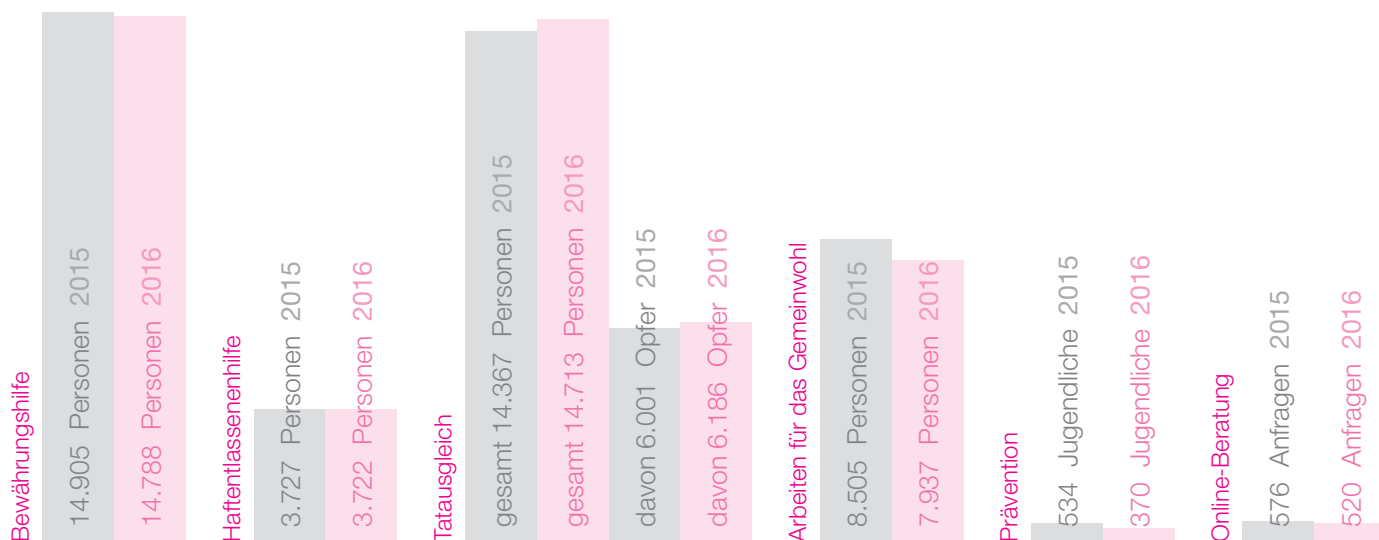
Die Anzahl der Besuche pro Öffnungstag betrug 2016 durchschnittlich 96,51.

... Prävention

2.601 Stunden wurden in der Schulsozialarbeit aufgewendet, um Jugendlichen bei der Lösung ihrer Konflikte zu helfen. Weitere 138 Jugendliche wurden in Vorarlberg von der Jugendhilfe betreut. Außerdem gab es 232 Betreuungen in der Suchtprävention.

... Online-Beratung

An die auf der Website von **NEUSTART** angebotene Online-Beratung wurden 520 Anfragen gerichtet. Anonym und unkompliziert: Anfrageformular auf: www.neustart.at



Von 1957 bis 2016 hat **NEUSTART** rund 574.000 Menschen betreut.



Dr. Christoph Koss, Geschäftsführer für die sozialarbeiterischen Angelegenheiten

STEUERNDE SOZIALARBEIT ALS WIRKSAME RÜCKFALLPRÄVENTION

An welchen Grundsätzen sich mit Resozialisierung befasste Institutionen wie NEUSTART, der Strafvollzug oder Therapieeinrichtungen auch immer ausrichten: Eine Kernaufgabe ist die Legalbewährung.

Resozialisierung soll dazu führen, dass eine Straftäterin oder ein Straftäter lernt, sich in Zukunft straffrei zu verhalten. Die zentrale Frage dabei ist: Was sind wirksame Handlungsprinzipien und Methoden zur Rückfallvermeidung?

„Positive soziale Beziehungen wie in der Bewährungshilfe verändern.“

In den 1980er- und 1990er-Jahren galt die Überzeugung, dass durch Unterstützung und Hilfe

die Lebenssituation verbessert und damit in Folge Rückfallfreiheit erreicht wird. Der Aufbau einer tragfähigen vertrauensvollen Arbeitsbeziehung war dabei eine wesentliche Grundlage. Damit kann das Misstrauen der Klientinnen und Klienten gegenüber der Bewährungshilfe, die im richterlichen Auftrag und damit im staatlichen Zwangskontext tätig ist, abgebaut werden, um

Unterstützungsbedarf zu benennen und Hilfeleistung zu erhalten. Melden sich die Klientinnen oder Klienten nicht, so werden sie aufgesucht, um sie zu motivieren, die Probleme anzugehen und dabei unsere Unterstützung anzunehmen.

Die Desistance-Forschung beschäftigt sich mit der Frage, was Straftäterinnen und Straftäter dazu bringt, kriminelles Verhalten, das sie über einen längeren Zeitraum gezeigt haben, nachhaltig zu beenden. Die jüngsten Ergebnisse dieser Forschung streichen nach wie vor heraus, wie wichtig positive soziale Beziehungen für Veränderungen und damit für künftige Rückfallfreiheit sind. Bewährungshilfe, Haftentlassenenhilfe oder Sozialarbeit im Rahmen des elektronisch überwachten Hausarrests bieten genau das an. Das ist die Stärke, auf der **NEUSTART** aufbaut. Unsere Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter verfügen über eine immense Erfahrung im Umgang mit zum Teil sehr schwieriger Klientel, die sich im Widerstand befindet und zum Teil nicht motiviert ist. Das ist unser Fundament. Gleichzeitig hat sich die Sozialarbeit in den genannten Bereichen massiv verändert. In der Bewährungshilfe läuft dieser Prozess unter dem Titel „steuernde Sozialarbeit“ seit 15 Jahren.

Ausgangspunkt war die in den 1990er-Jahren international geführte „What works“-Debatte und der „evidence based-Ansatz“, der nicht nur die Sozialarbeit betraf, sondern zahlreiche andere

Bereiche, etwa auch die Medizin. Die Frage war und ist, welche Interventionen wirksam sind – ob in der medizinischen Behandlung oder in der Reduktion von Rückfällen. Dabei zeigte sich, dass die bloße Bestrafung, etwa Freiheitsstrafen ohne begleitende therapeutische oder unterstützende Interventionen, nicht nur keine positiven Effekte bei der Reduktion von Rückfälligkeit hat, sondern in vielen Fällen zu zusätzlichen Verschlechterungen führt. Im Gegensatz dazu konnten die Forschungen im Bereich der Straffälligenhilfe deutlich zeigen, dass strukturierte Interventionsformen mit expliziter theoretischer Fundierung, mit der Ausrichtung an kriminologischen Risikofaktoren, mit gesteuerter Betreuungsintensität entsprechend dem Rückfallrisiko sowie unter Berücksichtigung der individuellen Ansprechbarkeit der Klientinnen und Klienten am wirksamsten sind.

Aufbauend auf diesen Forschungsergebnissen orientiert **NEUSTART** sich heute am sogenannten Risk-Needs-Responsivity-Modell. Dieses wurde in den 1990er-Jahren von Andrews und Bonta entwickelt und danach laufend adaptiert.

„Steuernde Sozialarbeit ist konsequente Arbeit an rückfallrelevanten Faktoren.“

Es handelt sich dabei um keine Methode in der Sozialarbeit, sondern vielmehr um empirisch bestätigte Wirksamkeitsprinzipien in der Straffälligenhilfe.

Nach dem Risikoprinzip („risk principle“) orientiert sich die Intensität sozialarbeiterischer Interventionen am Rückfallrisiko. Je höher das Rückfallrisiko, desto intensiver sollen (rückfallpräventive) Interventionen sein. **NEUSTART** hat deshalb vor zehn Jahren das Betreuungsstufenmodell mit vier Betreuungsstufen entwickelt.

Das Bedarfsprinzip („needs principle“) besagt, dass die Betreuungsziele den individuellen dynamischen, also veränderbaren Risikofaktoren entsprechen sollen. Unveränderbare Faktoren bei der Einschätzung des Rückfallrisikos sind beispielsweise bisherige Straftaten oder das gegenwärtige Alter. Männliche Jugendliche haben in allen Gesellschaften ein höheres Rückfallrisiko. Das heißt, die sozialarbeiterischen Interventionen beziehen sich auf die individuellen, rückfallrelevanten Problembereiche der Klientinnen und Klienten.

Das Ansprechbarkeits- oder Responsivitätsprinzip („responsivity principle“) drückt aus, dass die Art der Betreuung an der individuellen Ansprechbarkeit der Klientin beziehungsweise des Klienten ausgerichtet sein soll (Beziehungs- und

Kommunikationsstile, Veränderungsmotivation, kultureller Hintergrund, Lernstile et cetera). Die Interventionen sollen also an die Lebenswelt und das Erleben der Klientin oder des Klienten angepasst sein. Ermöglicht wird das durch den Aufbau einer belastbaren Beziehung, um die Klientel zu motivieren, an Veränderungen rückfallrelevanter Problembereiche zu arbeiten.

Die Orientierung am Risk-Needs-Responsivity-Modell läuft bei **NEUSTART** unter dem Titel „steuernde Sozialarbeit“. Nicht alleine der von Klientin oder Klient zum Ausdruck gebrachte Unterstützungsbedarf ist entscheidend, sondern die konsequente Arbeit an den rückfallrelevanten Faktoren. Ein Kernpunkt der Entwicklungsarbeit in den letzten Jahren ist eine ausführliche Anamnese. Dafür wurde in mehrjähriger Arbeit gemeinsam mit Baden-Württemberg das Ressourcen- und Risikeninventar als künftig valides Instrument geschaffen. Auf Grundlage des Ressourcen- und Risikeninventars werden das Arbeitskonzept für die Betreuung vereinbart und die Betreuungsstufe festgelegt. Wesentliche Betreuungsinhalte sind rückfallrelevante Themen, aber auch Unterstützungsbedarf. Deliktverarbeitung ist dabei ein Fixpunkt verbunden mit einem spezifischen methodischen Vorgehen, das geschult wird.

Wesentliche Grundlage ist nach wie vor eine vertrauensvolle tragfähige Arbeitsbeziehung, um die Klientel zu motivieren, auch die Themen anzugehen, die von der Rückfallrelevanz hoch sind, bei denen jedoch die Veränderungsbereitschaft gering ist. Für diese wohl schwierigste Aufgabe in der Betreuung verfügen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von **NEUSTART** über einen reichen Erfahrungsschatz, auf dem wir aufbauen und der wesentlich für die Qualität unserer Arbeit ist. In den letzten Jahren sind sowohl die Rückfallrate als auch die Widerrufsquote in der Bewährungshilfe gesunken. Zur Widerrufsquote gibt es auch deutschlandweite Zahlen. Bei aller Unterschiedlichkeit zeigt sich, dass diese in Österreich mit 8,5 Prozent mehr als doppelt so niedrig ist.

Wir sind heute fachlich in Europa in der ersten Liga. Die Veränderungen waren und sind nicht einfach, aber es hat sich gelohnt und die Kolleginnen und Kollegen haben gute Gründe, stolz auf ihre Professionalität zu sein. Sie tragen entscheidend dazu bei, dass Menschen nicht mehr rückfällig werden und sich ihr Leben zum Positiven verbessert.

– christoph.koss@neustart.at –



Alfred Kohlberger MAS, Geschäftsführer für die wirtschaftlichen Angelegenheiten

NEUSTART WIRKT EFFEKTIV

Für die Klientinnen, die Klienten und die Gesellschaft: Wir – der Verein NEUSTART und unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – haben großes Interesse zu wissen, was wir mit unseren Leistungen bewirken.

Neben den unmittelbaren Rückmeldungen unserer Klientinnen und Klienten sowie unserer Zuweiserinnen und Zuweiser geben uns konkrete Zahlen dazu eine Aussage. Diese Wirkungskennzahlen sind in der Sozialarbeit oft schwierig zu bewerten, da für die Erreichung des Ziels nicht nur die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sondern vor allem die Klientinnen und Klienten verantwortlich sind. Trotzdem geben uns diese Zahlen wertvolle Hinweise darauf, dass wir unsere Ziele erreichen. Sie sind Beleg dafür, dass sozial konstruktive Maßnahmen neben den positiven Auswirkungen auf die jeweiligen Klientinnen und Klienten auch für die Gesellschaft einen wertvollen Beitrag leisten.

In der Bewährungshilfe beobachten wir zwei Wirkungskennzahlen: Die sogenannte Wider-

rufsquote und die rechtskräftigen Verurteilungen während unserer Betreuung. Die Widerrufsquote betrug im Jahr 2016 8,39 Prozent. Das bedeutet, dass 91,61 Prozent der in der Bewährungshilfe Betreuten die Probezeit ohne Widerruf beenden konnten. Das ist der höchste erzielte Wert, seit wir diese Zahl beobachten. Gleichzeitig wurden im Jahr 2016 28,03 Prozent der Bewährungshilfe-Klientinnen oder -Klienten rechtskräftig während der Betreuung verurteilt. Wie erklärt sich diese Differenz? Die Gerichte haben hier einen Entscheidungsspielraum. Entweder waren es weniger gravierende Delikte, oder es gab positive Betreuungsaussichten, die eine weitere Betreuung trotz rechtskräftiger Verurteilung als sinnvoll erscheinen ließen.

Ein anderes Beispiel für von uns beobachtete Wirkungskennzahlen sind die positiven Abschlüsse bei diversionellen Entscheidungen vornehmlich der Staatsanwaltschaften, aber auch der Gerichte. Beim Tatausgleich betrugen diese im Jahr 2016 72,66 Prozent, bei den gemeinnützigen Leistungen im selben Jahr 79,80 Prozent. Das bedeutet, dass bei den gemeinnützigen Leistungen die Verfahren bei 2.234 Klientinnen und Klienten (bei 2.800 Zuweisungen) und beim Tatausgleich bei 4.377 Klientinnen und Klienten (bei 6.024 Zuweisungen) eingestellt werden konnten und es zu keiner weiteren Beschäfti-

„Wirkung ist auch, dass
Hafttage im Gefängnis ein-
gespart werden.“

gung der Staatsanwaltschaften und Gerichte ge-
kommen ist. In wissenschaftlichen Studien wird
die Rückfallrate innerhalb von drei Jahren nach
einem abgeschlossenen Tausgleich erhoben.
Nach einer Studie des Instituts für Rechts- und

Kriminalsoziologie
beträgt der Rück-
fall elf Prozent.
Das gilt auch für
das Hauptdelikt im
Tausgleich, die
Körperverletzung

nach § 83 Strafgesetzbuch. Mehr als 60 Prozent
aller Zuweisungen entfallen auf dieses Delikt.
Die Universität Wien hat in einer weiteren Studie
festgestellt, dass vergleichbare nicht vorbestrafte
Täterinnen und Täter, die wegen Körperverlet-
zung verurteilt wurden, mit 22 Prozent doppelt
so häufig rückfällig waren.

Bei gemeinnützigen Leistungen, die anstelle ei-
ner Ersatzfreiheitsstrafe sowohl für die Justiz als
auch im verwaltungsbehördlichen Finanzstrafver-
fahren erbracht werden, wurden 2016 insgesamt
60.270 Hafttage vermieden. Das entspricht
insgesamt 165 Haftplätzen. So viel konnte an
zusätzlichem Belag für die Justizanstalten in
diesem Jahr eingespart werden.

Bei unserer jüngsten Leistung, der im Jahr 2016
eingeführten Sozialnetz-Konferenz bei Jugend-
lichen (als Alternative zur Untersuchungshaft)
gibt es erste Wirkungszahlen. Bei 28 Prozent
aller 2016 in Untersuchungshaft genommenen
Jugendlichen ordnete das Gericht eine Sozial-
netz-Konferenz an. In knapp 60 Prozent wurde
diese durchgeführt. Eine Sozialnetz-Konferenz
ist nicht möglich, wenn beispielsweise die oder
der Jugendliche sie ablehnt oder ein geeignetes
soziales Netz fehlt. Knapp 40 Prozent werden
aufgrund des erstellten Zukunftsplans von Rich-
terin oder Richter aus der Untersuchungshaft
entlassen und hochfrequent von der Bewäh-
rungshilfe betreut. Die Rückfallrate während der
hochfrequenten Betreuung wegen Verdachts
einer neuerlichen Straftat beträgt sieben Prozent.
Angesichts dessen, dass diese Jugendlichen in
allen Staaten die höchst belastete Risikogruppe
bilden, ist das ein Erfolg.

Die Sozialnetz-Konferenz in Verbindung mit
hochfrequenter Bewährungshilfe trägt dazu bei,
die in Österreich vergleichsweise hohen Zahlen
an Untersuchungshaft bei Jugendlichen in Rich-
tung europäischer Durchschnitt zu senken.

– alfred.kohlberger@neustart.at –

INFO

1.542 MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER

587 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiteten
im Jahr 2016 hauptberuflich bei **NEUSTART**.
955 Personen waren als ehrenamtliche Bewäh-
rungshelferin oder ehrenamtlicher Bewährungs-
helfer tätig. Mit rund 62 Prozent sind Frauen in
beiden Bereichen in der Mehrheit.

– db –

NEUER KOLLEKTIVVERTRAG

Mit Beginn des Jahres 2017 ist im Verein
NEUSTART ein neuer Kollektivvertrag in Kraft
getreten. Der Verein hat sich in Verhandlun-
gen mit Gewerkschaft und Betriebsrat darauf
geeinigt, den Entwicklungen in der Sozialarbeits-
Branche zu folgen. Durch den Abschluss des
Kollektivvertrags der Sozialwirtschaft Österreichs
ist es gelungen, viele unterschiedliche Rege-
lungen zu vereinheitlichen. Die Einkommen der
Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, die nach
dem Kollektivvertrag der Sozialwirtschaft Öster-
reichs bezahlt werden, lagen deutlich unter dem
Niveau von **NEUSTART**.

Um zukünftigem Budgetdruck besser standhal-
ten zu können, haben wir uns dazu entschlos-
sen, die Gehälter für neue Mitarbeiterinnen und
Mitarbeiter zu senken. Die bereits angestellten
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tragen durch
verschiedene Einschränkungen (wie gedeckelte
Valorisierungen und Reduktion der Pensionskas-
se) ebenfalls einen wesentlichen Teil dazu bei,
den zukünftigen budgetären Herausforderungen
besser standhalten zu können. Das Besondere
an diesem Abschluss ist, dass diese Maßnah-
men mit breiter Zustimmung der Belegschaft
erzielt werden konnten.

– alfred.kohlberger@neustart.at –

DIE FACKEL WEITERTRAGEN

Die Entwicklung der letzten 25 Jahre, vor allem der Tatausgleich, hat NEUSTART in die „Justizfamilie“ integriert, findet der Vorsitzende des Aufsichtsrats von NEUSTART, Prof. Dr. Roland Miklau.

Beide Seiten – die Justiz und **NEUSTART** – profitieren voneinander. „Beim Tatausgleich hat man gemerkt, dass man mit unterschiedlichen Perspektiven am selben Problem arbeiten kann. Und von der anderen Seite kommt etwas, das man für bedenkenswert hält. Man kann bedauern, dass höherfliegende Utopien, wie sie Broda mit der gefängnislosen Gesellschaft vertreten

„Der Tatausgleich war ein Schlüsselerlebnis für die Justiz.“

hat, praktisch nicht mehr diskutiert werden, obwohl sie durchaus diskutierenswert sind. Aber die Realität hat sich geändert. Der Main-

stream ist zwar nicht in Richtung Law and Order, aber doch dahin gegangen, dass man, wenn ein Problem auftaucht, gleich einmal mit dem Strafrecht zuschlägt.“ Der Tatausgleich mit maßgeblicher Beteiligung von **NEUSTART** habe die beteiligten Berufsgruppen der Richterschaft, der Staatsanwaltschaft und Sozialarbeit, „die partiell auf Distanz zueinander waren“, einander nähergebracht. Und damit das Bewusstsein erzeugt, dass Straffälligkeit nicht nur mit „niederhauen“ beantwortet werden muss, sondern auch sozial konstruktiv beantwortet werden kann. „Ohne



Menschenrechte als Basis der gesamten Berufslaufbahn:
Am 24. Februar 2017 erhielt Prof. Dr. Roland Miklau (links) den Wolfgang Swoboda Preis für Menschlichkeit im Strafverfahren, hier mit Justizminister Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Brandstetter

Nullsummenspiel – es gewinnen beide und das System insgesamt erst recht.“

Im Kern gehe es natürlich immer wieder um die Alternativen, „weil das Strafrecht ja immer noch sehr stark mit Einsperren, mit der Freiheitsstrafe identifiziert wird, obwohl die Unbedingte längst eine Minderheit im Reaktionsspektrum ist.“ Im Bewusstsein der Menschen werde „zumindest im Hinterkopf“ immer noch die Justiz, „die primär längst Ziviljustiz ist und nicht Strafjustiz“, mit der Strafjustiz und die Strafjustiz mit der Freiheitsstrafe identifiziert. Deshalb findet Roland Miklau, dass zunächst die Realität ins Bewusstsein der Allgemeinheit geholt werden müsse, „um sie weiterentwickeln zu können“. Das erfordere einen sensiblen Umgang, „weil auch allzu weitreichende Vorschläge, so notwendig sie für die Diskussion sind, Gegenwind und vor allem Ängste hervorrufen können“. Steigende Mobilität, Grenzöffnungen und Tourismus brächten Herausforderungen mit sich, die noch nicht bewältigt seien. „Mittlerweile ist natürlich durch die Flüchtlingswelle wieder eine Änderung eingetreten, die zwar im Kriminalitätsbereich, bin ich fest überzeugt, nur ein Randproblem ist, aber es spielt natürlich im öffentlichen Bewusstsein und in den Krawallmedien eine große Rolle. Und auch bei Ängsten in der Bevölkerung, die zwar rational kaum begründet sind. Aber Angst und vor allem das Unsicherheitsgefühl, das wir haben, ist ja etwas, das per se nicht rational ist.“

Deshalb hält Miklau viel von wissenschaftlicher Arbeit. Von der Kriminologie und bis zu einem gewissen Grad von internationalen Organisationen sei stets eine Versachlichung der Diskussion im kriminalpolitischen Bereich ausgegangen. „Es ist immer die Frage, wie man mit der Spannung

„Einsperren ist kein Allheilmittel, schon gar nicht für alle.“

zur allgemeinen Politik mit ihren einfachen Law and Order-Reflexen und den Ängsten der Bevölkerung umgeht. Wie es gelingt, das Abstrakte, von dem man überzeugt ist, ins Konkrete überzuführen“. Miklau sieht es jedenfalls als Stärke von **NEUSTART**, „dass wir sehr konkret in der Arbeit mit Straffälligen und gleichzeitig auch allgemein und gedanklich auf festem Boden stehen – beides ist wichtig“.

Der Trend zum Strafrecht sei aktuell beobachtbar bei Themen wie dem Umgang mit den „Reichsbürgern“ oder dem Schutz für Beamte oder Bedienstete der Verkehrsbetriebe vor Übergriffen. Roland Miklau beobachtet dennoch, dass sich die kriminalpolitische Diskussion in eine sachliche Richtung bewegt. Es sei, „vor allem auch in der Justiz, bei Richterinnen und Richtern, Staatsanwältinnen und Staatsanwälten

„Der sozialarbeiterische Umgang mit Straffälligkeit ist unentbehrlich.“

eingedrungen, dass Einsperren kein Allheilmittel, vor allem nicht für alle ist und dass man durch Wegsperrn Probleme nicht wirklich löst“. „Es wäre sonst nicht möglich, dass die Vereinigung österreichischer Staatsanwältinnen und Staatsanwälte einen Preis für Menschlichkeit im Strafverfahren entwickelt, und auch nicht, dass ich den kriege“ freut sich Miklau über die Anerkennung seines Engagements für ein differenziertes Vorgehen im Strafrecht. „Als ich die Justiz eingetreten bin, hat es jährlich 110.000 Verurteilungen gegeben. Jetzt haben wir schon die 30.000-Marke unterschritten. Das zeigt die großen Veränderungen, zunächst durch die Strafrechtsreform, aber später durch Diversion und einen anderen Umgang mit Straftaten.“

„Früher habe ich mich immer bemüht, durch meine internationale Tätigkeit beim Europarat, bei der EU und den Vereinten Nationen etwas aufzuschnappen, was wir in Österreich in Richtung einer progressiven Kriminalpolitik lernen

„Der Maßnahmenvollzug braucht einen Modernisierungsschub.“

könnten. Mittlerweile ist das zwar teilweise immer noch so, aber es kommen auch die anderen zu uns“, sieht Miklau den Beweis dafür, dass „wir eine Entwicklung durchgemacht haben, an der **NEUSTART** ganz maßgebend beteiligt war“. **NEUSTART** sei einerseits ein Dienstleister für die Justiz insbesondere im Bereich klassischer Bewährungshilfe und Diversion, verstehe sich andererseits aber sowohl in der Straffälligenhilfe als auch der Kriminalpolitik als gesellschaftspolitischer Player.

„Diese Rolle ist wichtiger denn je und es ist für **NEUSTART** wichtig, in der täglichen Arbeit mit Klientinnen und Klienten, mit den Instanzen der Justiz, Richterschaft, Staatsanwaltschaft, dem Strafvollzug diese Fackel weiterzutragen und zeitgemäß weiterzuentwickeln. Das ist zum Beispiel bei der Sozialnetz-Konferenz sehr eindrücklich geschehen.“

Die gegenwärtigen Rahmenbedingungen schätzt Roland Miklau als sehr gut ein. „Das Verhältnis zum Justizministerium ist, auch was die finanziellen Grundlagen für **NEUSTART** betrifft, sehr befriedigend. Aber man muss schauen, die Unentbehrlichkeit eines sozialarbeiterischen Umgangs mit Straffälligkeit ständig im Bewusstsein zu halten.“ Sein ehrenamtliches Engagement als Vorsitzender des Aufsichtsrats von **NEUSTART** ist ihm wichtig. „Mein Motiv ist, dass man sich nie auf erreichten Erfolgen ausruhen darf, sondern dass man weitergehen muss.“ Als Vertreter von **NEUSTART** ist Miklau Mitglied im Menschenrechtsbeirat bei der Volksanwaltschaft, wo das Thema Menschenrechte mit dem Schwerpunkt Freiheitsbeschränkungen auf sehr vielfältige Weise behandelt wird. Besonders am Herzen liegt ihm der Maßnahmenvollzug. Dort sieht er hohen Erneuerungsbedarf. „Der Strafvollzug und vor allem der Maßnahmenvollzug brauchen einen Modernisierungsschub. „Der Maßnahmenvollzug ist weit zurückgeblieben hinter der internationalen Entwicklung und hinter dem, was auch in Österreich möglich wäre.“

Miklau kann zahlreiche Faktoren aufzählen, warum vorhandene Bemühungen und Arbeitsgruppen nicht weit gediehen sind – „Desinteresse der Öffentlichkeit, was hinter Gefängnismauern passiert, ein gewisses Maß an mangelndem Interesse der Politik, die Zusammensetzung der Klientel mit einem hohen Anteil an Nicht-Österreichern, die praktischen Probleme in den Justizanstalten.“ „Im Strafvollzug ist noch nicht gelungen, was in der Diversion außerhalb des Strafvollzugs gelungen ist, nämlich eine Zusammenarbeit zwischen Richterschaft und Staatsanwaltschaft und Sozialarbeit. Die Verwaltungshierarchie der Gefängnisse und die Sozialarbeit sind noch viel zu wenig aufeinander abgestellt.“ Die Rolle der Sozialarbeit im Vollzug sei über das „Fürsorgezeitalter“ nicht sehr weit hinausgekommen.

Hier bedürfe es eines deutlichen Innovationschubs und einer Bereitschaft zur Kooperation. „**NEUSTART** ist eine der wenigen, wenn nicht die einzige Institution, die den Weg hinein in den Vollzug und vor allem den Weg heraus aus dem Vollzug mitgestaltet und mitbeeinflusst und dadurch wichtige Kontakte hat. Und auch aus der Praxis heraus Gedanken entwickeln kann. Das kann natürlich quantitativ keine Haupttätigkeit von **NEUSTART** sein, aber rechtspolitisch ist es wichtig.“

ENTLASSUNGS-GRUPPEN

Das erste Jahr nach einer Haftentlassung ist erfahrungsgemäß belastend und anfällig für Rückfälle. Dagegen soll ein intensives Beziehungsangebot helfen und Gruppen, in denen sozial verträgliche Konfliktlösungen trainiert werden.

Im Jahr 2016 wurden 13 Entlassungsgruppen mit 148 Teilnehmerinnen und Teilnehmern durchgeführt. Übergangsmanagement heißt die Strategie, mit der die Begleitung aus der Haft in die Freiheit erfolgt. Statt sich auf die Probleme zu konzentrieren, werden die Ressourcen geortet und lösungsorientierte, in die Zukunft gerichtete Begleitung

angeboten. Die Teilnahme an einer Entlassungsgruppe ist ein freiwilliges Angebot für Insassinnen und Insassen im Entlassungsvollzug.

„Das Aha-Erlebnis führt zu neuen neuronalen Netzwerken im Kopf.“

„Um die Schwelle der Kontaktaufnahmen zu senken ist es sinnvoll, die Zusammenarbeit zwischen intra- und extramuralem Bereich noch stärker zu verschränken, um ein effektives Übergangsmanagement zu erreichen“ analysiert Ministerialrätin Mag. Andrea Moser-Riebniger, Leiterin der Abteilung für Vollzug und Betreuung im Strafvollzug, die Pläne für die Zukunft. Und weiter: „Die über Jahrzehntelange Zusammenarbeit zwischen dem Bundesministerium für Justiz und dem Verein **NEUSTART** ist durch diese Methode im Übergangsmanagement um eine Facette reicher geworden.“

Der Weg aus der Haft erfolgt in drei Phasen. In der Haft erfolgt das Clearing, die Häftlinge

Wann ist Gewalt für mich eine Lösung?

Welche Strategien habe ich um Stress zu bewältigen?

Wie kann ich mich selbst regulieren?

werden ausgewählt und es gibt Gruppentermine in der Justizanstalt. In der zweiten, der Übergangsphase, werden Ziele konkretisiert und erprobt, begleitet bei Gruppenterminen außerhalb der Justizanstalt beim Verein **NEUSTART**. In der dritten Phase in Freiheit gibt es weiterführende Gruppen mit Angeboten der jeweiligen Einrichtung von **NEUSTART**, aber auch Einzelbegleitung, etwa bei der Haftentlassenenhilfe.

Ein elementarer Bestandteil der Entlassungsgruppen ist Bewegung, um Ausdrucksmöglichkeiten und Möglichkeiten der Bewältigung zu schaffen, wie man mit Konflikten umgehen kann. Wiederkehrende Verhaltensmuster werden dargestellt, um sie bewusst zu machen und neue Lösungsmöglichkeiten zu verinnerlichen. Das Aha-Erlebnis, wie „man tut“, führt dazu, dass neue neuronale Netzwerke im Gehirn gebildet werden. Durch die Körperarbeit kann der Transfer in den Alltag erfolgen, um in schwierigen Situationen neue, positive Lösungen abrufen zu können. Im Sinn eines verschränkten Entlassungsmanagements arbeiten Justizanstalten und **NEUSTART** bei den Aktivitäten zur Entlassungsbegleitung in Form von Gruppenbetreuung unterstützt durch das Bundesministerium für Justiz verschränkt zusammen. Die Leitung der Gruppen erfolgt durch einen Mitarbeiter der Vollzugsanstalt und eine Mitarbeiterin oder einen Mitarbeiter von **NEUSTART**. Laut Andrea Moser-Riebniger sei das Justizministerium bemüht, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Strafvollzug für diese Arbeit mit Klientinnen und Klienten zu finden und weiterhin gemeinsam mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von **NEUSTART** zu Entlassungstrainerinnen und -trainern auszubilden.

– db –



ÖSTERREICHISCHE NATIONALBANK



Anerkannte Einrichtung nach den Förderrichtlinien des Fonds Soziales Wien, gefördert aus Mitteln der Stadt Wien

Impressum
Medieninhaber, Hersteller: **NEUSTART**, Castellgasse 17 | 11050 Wien
Redaktion und Produktion: Mag. Dorit Bruckdorfer (db) | dorit.bruckdorfer@neustart.at
Fotos: Felicitas Matern,
NEUSTART, BMI/Gerd Pachauer Grafische Gestaltung: Wolfgang Grollnigg | 1210 Wien Druck: GröbnerDruck | 17400 Oberwart